

## KOMMENTAR:

Der Text verdient - ungeachtet seines Schicksals innerhalb der DKP - im Einzelnen studiert zu werden. Er vermittelt der Linken und anderen fortschrittlichen Menschen in Deutschland wichtige Analysen und Handlungsorientierungen. Seine Schlussfolgerung lautet:

„FÜR EINE VOLKSABSTIMMUNG ÜBER DEN LISSABONVERTRAG! FÜR EIN LINKES UND ANTIMONOPOLISTISCHES NEIN ZUR EU-MITGLIEDSCHAFT DEUTSCHLANDS!  
WÄHLT DKP! EINE STIMME FÜR DIE DKP IST EINE STIMME GEGEN DIE EU!“ ..

Zentralen Aussagen des Antrags sind:

„Die EU beruht auf einem Vertragswerk, in dem die politischen und ökonomischen Bedingungen für die Verwirklichung der Ziele ihrer Urheber festgeschrieben sind: Militarisierung, Sozial- und Demokratieabbau sowie Privatisierungspolitik. Dieser Vertrag bedeutet weitere Souveränitätsverluste für die Völker der EU-Mitgliedsländer, er bedeutet verpflichtende militärische Aufrüstungsprogramme, er bedeutet verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Menschen. Der Kapitalismus soll durch den Vertrag als einzig zulässiges Wirtschaftssystem festgeschrieben werden. Daher ist die EU nicht für fortschrittliche Bewegungen instrumentalisierbar und in eine progressive oder gar revolutionäre Richtung transformierbar, wie es auch linke Parteien und Gewerkschaftsführungen propagieren (Hervorhebung KvR). Die Verträge müssen gekündigt werden. Doch damit ist es nicht getan. Wie wir erlebt haben, machen die Regierenden in Frankreich, den Niederlanden und Irland so weiter, als hätte es das Nein in ihren Ländern nicht gegeben. Die Einschränkung und Überwindung der Macht der reaktionärsten Teile des Finanzkapitals kann nur durch die Zerschlagung der EU gelingen. Erst der grundlegende Bruch mit den monopolkapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen eröffnet eine soziale, demokratische und letztlich sozialistische Perspektive für Europa. Ein Schritt dorthin heißt: Deutschland muss raus aus der EU!

In einzelnen EU-Ländern formiert sich Widerstand. Wir meinen nicht die rechten, nationalistischen EU-Gegner. Sie stehen stets an der Seite der Bourgeoisie ihres Landes, verschleiern die Klassengegensätze und können sich die Wiederherstellung der „Größe der Nation“ nur auf Kosten anderer Nationen vorstellen. Wir meinen eine Bewegung, die eine gemeinsame Front gegen die Profiteure im eigenen Land und gegen das in Europa tonangebende Kapital bildet und in diesem Sinne zutiefst internationalistisch ist (Hervorhebung KvR). Sie umfasst schon heute beispielsweise polnische Bauern, rumänische Bergarbeiter wie beträchtliche Teile der Arbeiterklasse Griechenlands und EU-Gegner in Frankreich. In den verschiedenen Kampffeldern entwickelt sich auch grenzübergreifender Widerstand. So demonstrierten Arbeiter und Angestellte aus Europa gemeinsam gegen die so genannte Dienstleistungs- bzw. Bolkesteinrichtlinie, die durch Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung im Bereich der Daseinsvorsorge den größten Angriff auf den Sozialstaat darstellt. Zudem steht die Richtlinie für die Aushebelung der Tarifautonomie und des Streikrechts in Deutschland, indem sie diese dem EU-Gemeinschaftsrecht unterwirft. Europäische Hafentarbeiter erteilten der geplanten EU-Richtlinie „Port Package“ durch gemeinsame Streiks eine Absage und wehrten damit die Deregulierung ihrer Arbeitsverhältnisse ab. Studierende demonstrierten in ganz Europa gegen den so genannten Bologna-Prozess, der die Hochschulbildung vereinheitlicht, allein an Konzerninteressen ausrichtet und durch die Spaltung wissenschaftlicher Studiengänge in Bachelor- und Masterabschlüsse selektiv insbesondere Studierende aus der Arbeiterklasse weiter aus den Hochschulen drängt.“

*Klaus von Raussendorff*